



Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Philosophische Fakultät III:
Erziehungswissenschaften

**Hans Böckler
Stiftung** 

Fakten für eine faire Arbeitswelt.

Ergebnisbericht zum Forschungsprojekt

Energieunternehmen zwischen Marktlogik und öffentlichem Grundversorgungsauftrag

**Die sozialpolitische Bedeutung von Energieunternehmen im Kontext
europäischer Liberalisierungspolitik im deutsch-britischen Vergleich**

Forschungsschwerpunkt: Zukunft des Wohlfahrtsstaats

Laufzeit: 01.09.2012 bis 31.12.2015

Projektnummer: 2012-578-4

Internetseite des Projekts: <http://www.boeckler.de/11145.htm?projekt=S-2012-578-4%20B>

Projektleitung: Prof. Dr. Johanna Mierendorff und Holger Backhaus-Maul

Projektbearbeitung: Wissenschaftlicher Mitarbeiter: Martin Kunze
Wissenschaftliche Hilfskräfte: Holger Ruhland, Alexander Schlegel, Annkathrin Tempel und Deborah Will

Kontaktdaten:

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Philosophische Fakultät III – Erziehungswissenschaften

Institut für Pädagogik

Prof. Dr. Johanna Mierendorff und Holger Backhaus-Maul

D-06099 Halle

Halle (Saale), 31.12.2015

Inhaltsverzeichnis

1	Ausgangspunkt und Fragestellung	3
2	Empirische Grundlagen	4
3	Ergebnisse.....	7
4	Einzelergebnisse und Publikationen.....	12
4.1	Publikationen	12
4.2	Konferenzbeiträge und Präsentationen	14
5	Verwendete Literatur (Auswahl)	14

1 Ausgangspunkt und Fragestellung

Als Gut der öffentlichen Grundversorgung sind der Zugang zu und die Verfügbarkeit über Energie relevant für die gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe. Einschränkungen im Zugang zu Energie und in der Verfügbarkeit über Energie sind von existenzieller Bedeutung. Angesichts von über 350.000 Stromsperrungen in Deutschland im Jahr 2014 ist es bemerkenswert, dass die öffentliche Grundversorgung vulnerabler Personen und Haushalte bisher bundesweit kein sozialpolitisches Thema war. Gleichwohl praktizieren Energiegrundversorgungsunternehmen in Deutschland eigene Maßnahmen und Programme, was darauf verweist, dass dieses sozialpolitische Problem auf kommunaler Ebene wahrgenommen und punktuell bearbeitet wird. Aus Perspektive der Sozialpolitikforschung stellt sich damit die Frage, wie Energieunternehmen die ihnen zugewiesenen Aufgaben und Probleme in der öffentlichen Grundversorgung wahrnehmen, welche Handlungspraxen sie entwickeln und welche Bedeutung den institutionellen sozialstaatlichen Rahmenbedingungen beigemessen wird.

Im Forschungsprojekt wurden auf der Grundlage einer Politikanalyse europäischer und nationaler Energiepolitiken sowie von 13 qualitativen Fallstudien über Energieunternehmen in Deutschland und Großbritannien, die unternehmerischen Deutungs- und Handlungsmuster im Umgang mit sozialen Risiken in der öffentlichen Energiegrundversorgung herausgearbeitet.

Differenziert nach Ländern (Deutschland und Großbritannien) und Eigentümerstrukturen (kommunal und privat) standen drei Forschungsfragen im Mittelpunkt:

1. In welcher Art und Weise werden Unternehmen in der öffentlichen Energiegrundversorgung mit sozialpolitischen Problemen und Herausforderungen konfrontiert?
2. Mit welchen Ideen, Deutungen und Strategien reagieren Unternehmen in der öffentlichen Energiegrundversorgung auf sozialpolitische Probleme und Herausforderungen?
3. In welcher Art und Weise kommt es zu Veränderungen in der öffentlichen Energiegrundversorgung, wenn Unternehmen als sozialpolitische Akteure in Erscheinung treten?

2 Empirische Grundlagen

Im Forschungsprojekt wurden im Rahmen einer Politikanalyse und unternehmensbezogenen Fallstudien neben Dokumentenanalysen insgesamt 47 teilstandardisierte Experteninterviews in Deutschland, Großbritannien sowie auf europäischer Ebene in Brüssel geführt. Die Interviews wurden vollständig transkribiert und computergestützt (MAXQDA 11) mit der Methode der qualitativen Inhaltsanalyse ausgewertet (vgl. Mayring 2010). Die qualitative Inhaltsanalyse eignet sich aufgrund des regelgeleiteten Vorgehens besonders zur vergleichenden Analyse einer größeren Anzahl von Interviews, so dass auch umfangreiches Material mit denselben Analyseschritten und anhand denselben Kriterien bearbeitet werden kann, so dass eine einheitliche Vorgehensweise in der Analyse gewährleistet ist.

Die Mehrebenen-Politikanalyse basiert auf der Auswertung wichtiger Dokumente sowie von 20 Experteninterviews (siehe die folgende tabellarische Übersicht). Im Workingpaper 1 werden die zentralen Ergebnisse des deutsch-britischen Vergleichs diskutiert. Im Workingpaper 2 liegt der Schwerpunkt auf der deutschen Situation vor dem Hintergrund der entsprechenden europäischen Politik. In den Fallstudien wurden auf der Grundlage von Dokumentenanalysen und 27 Experteninterviews vier der sechs marktbeherrschenden Energieunternehmen in Großbritannien, drei der vier marktbeherrschenden Energieunternehmen in Deutschland sowie drei große deutsche kommunale Stadtwerke untersucht. Im Verlauf des Forschungsprojektes wurden diese Fälle einzeln ausgewertet und in Form einer Synopse in zwei Beiträgen vergleichend analysiert. Im Workingpaper 3 werden kommunale und private Energieunternehmen und im Workingpaper 4 deutsche und britische Energieunternehmen anhand der oben genannten Fragestellungen systematisch vergleichend analysiert.

Für die Politikanalyse wurden Experteninterviews in folgenden Organisationen geführt:

Interview-nummer	Organisation/Position	Zeitraum	Anzahl der Personen	Dauer und Art
Deutschland				
1.1	Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (BDEW)	Juli 2013	1	53 min
1.2	Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU)	Aug. 2013	2	58 min
1.3	Verdi	Juli 2013	1	60 min
1.4	IG-Metall	Juli 2013	1	35 min (Telefoninterview)
1.5	Verbraucherzentrale NRW	Juli 2013	1	73 min
1.6	Paritätischer Wohlfahrtsverband,	Juni 2013	1	70 min

	Gesamtverband			
Europäische Union				
2.1	DG-Sanco, Europäische Kommission	Sept. 2013	2	45 min, Gesprächsprotokoll
2.2	DG-Energy, Europäische Kommission	Sept. 2013	1	30 min (Telefoninterview)
2.3	Union der Elektrizitätswirtschaft (Eurelectric)	Sept. 2013	1	48 min
2.4	Confederation of Local Energy Companies (cedec)	Sept. 2013	1	38 min
2.5	Europäischer Verbraucherverband (beuc)	Sept. 2013	1	30 min, Gesprächsprotokoll
Großbritannien				
3.1	Department of Energy and Climate Change (DECC)	Okt. 2014	1	50 min
3.2	Office of Gas and Electricity Markets (Ofgem)	Okt. 2014	1	55 min
3.3	Fuel Poverty Advisory Group	Okt. 2014	1	57 min
3.4	trade association energy industry (Energy UK)	Nov. 2014	1	38 min
3.5	UNISON (trade union)	Jan. 2015	1	40 min
3.6	National Energy Action (NEA; fuel poverty charity)	Nov. 2014	1	51 min
3.7	Citizen Advice Bureau (CAB; fuel poverty charity)	Nov. 2014	1	60 min
SUMME			20	

Für die Unternehmensfallstudien wurden folgende Experteninterviews geführt:

Interview-nummer	Unternehmen/Position	Zeitpunkt	Anzahl der Personen	Dauer und Art
Deutschland				
1.1	Stadtwerk 1 Vorstand/ Kundenmanagement	Mai 2014	2	65 min (Zwei-Personen-Interview)
1.2	Stadtwerk 2 Vorstand	Mai 2014	1	59 min
	Kundenmanagement	Mai 2014	1	45 min
	Aufsichtsrat (Gewerkschaftsvertreter)	Jan. 2015	1	50 min
1.3	Stadtwerk 3 Vorstand	Mai 2014	1	45 min
	Kundenmanagement	Mai 2014	1	56 min

	Aufsichtsrat (Arbeitnehmervertreter)	Sept. 2014	2	75 min (Zwei-Personen-Interview)
1.4	Privates Energieunternehmen 1			52 min
	Vorstand	Mai 2014	1	44 min
	Kundenmanagement	Mai 2014	1	
1.5	Privates Energieunternehmen 2			
	Vorstand	Juni 2014	1	53 min
	Kundenmanagement	Juni 2014	1	50 min, Gesprächsprotokoll
1.6	Privates Energieunternehmen 3			
	Vorstand	Mai 2014	1	44 min
	Kundenmanagement	Mai 2014	1	66 min
1.7	Privates Energieunternehmen 4			
	Vorstand/ Kundenmanagement	Aug 2013	2	42 min (Zwei-Personen-Interview)
1.8	Privates Energieunternehmen 5	Juli 2013		
	Vorstand		1	55 min, Gesprächsprotokoll
Großbritannien				
2.1	Privates Energieunternehmen UK 1			
	Vorstand	Nov. 2014	1	51 min
	Kundenmanagement	Nov. 2014	1	40 min
2.2	Privates Energieunternehmen UK 2			
	Vorstand/ Kundenmanagement	Nov. 2014	2	81 min (Zwei-Personen-Interview)
2.3	Privates Energieunternehmen UK 3			
	Vorstand/ Kundenmanagement	Nov. 2014	2	31 min (Zwei-Personen-Interview)
2.4	Privates Energieunternehmen UK 4			
	Vorstand	Nov. 2014	1	60 min
	Kundenmanagement	Nov. 2014	1	60 min
2.5	Privates Energieunternehmen UK 5			
	Geschäftsführung	Okt. 2014	1	40 min (Telefoninterview)
SUMME			27	

In den Projektpublikationen werden wesentliche empirische Befunde für die Fachöffentlichkeit aufbereitet. In Einzelfällen können die erhobenen Daten für wissenschaftliche Zwecke auch Dritten, unter Wahrung von § 27 des Gesetzes zum Schutz personenbezogener Daten der Bürger (DSG-LSA) vom 12. März 1992 (GVBl. S. 152), zur Verfügung gestellt werden; entsprechende Anfragen sind an Prof. Dr. Johanna Mierendorff zu richten.

3 Ergebnisse

Im Folgenden werden anhand der forschungsleitenden Fragen zentrale ausgewählte Befunde des Forschungsprojektes zunächst im deutsch-britischen Ländervergleich und dann für Deutschland anhand der Eigentümerstruktur der untersuchten Energieunternehmen (kommunale Stadtwerke und private Energieunternehmen) dargestellt.

1. In welcher Art und Weise werden Unternehmen in der öffentlichen Energiegrundversorgung mit sozialpolitischen Problemen und Herausforderungen konfrontiert?

Die sozialen Risiken in der öffentlichen Energiegrundversorgung werden in Deutschland und Großbritannien sehr unterschiedlich verhandelt (vgl. Workingpaper 1 und 4). Gleichzeitig unterscheidet sich die Rollen von Energieunternehmen in der öffentlichen Energiegrundversorgung beider Länder grundlegend (vgl. Workingpaper 3 und 4).

Unter dem Stichwort *fuel poverty* findet in Großbritannien eine breite wissenschaftliche, öffentliche und politische Diskussion über die sozialen Risiken der Energiegrundversorgung statt (vgl. Workingpaper 1 und 4). Energieunternehmen stehen dabei unter hohem Legitimationsdruck. Von ihnen wird erwartet, dass sie soziale Risiken in der Energiegrundversorgung vermeiden bzw. minimieren (vgl. Workingpaper 4). Gleichzeitig unterliegt der liberalisierte Energiemarkt strengen und weitreichenden staatlichen Regulierungen, die im Rahmen einer evidenzbasierten Energiearmutspolitik auf den Schutz vulnerabler Personen und Haushalte sowie der Reduzierung von *fuel poverty* abzielen (vgl. Workingpaper 1 und 4). Energieunternehmen werden dabei als wichtige Akteure in die Bearbeitung sozialer Aufgaben einbezogen und ihnen werden staatlicherseits Verpflichtungen ihren Kunden gegenüber auferlegt, z.B. Sozialtarife anzubieten und Energieeffizienzmaßnahmen durchzuführen. Energieunternehmen in Großbritannien sind somit durch staatliche Regulierungen und öffentlichen „Druck“ gefordert, sich mit sozialen Problemen in der öffentlichen Grundversorgung auseinanderzusetzen.

Im Gegensatz dazu zeichnet sich in Deutschland allenfalls in Ansätzen eine Diskussion über die öffentliche Grundversorgung vulnerabler Personen und Haushalte mit Strom ab (teilweise unter Verwendung des politischen Begriffes der *Energiearmut*), wobei die deutsche Bundesregierung die sozialen Risiken der Energiegrundversorgung durch öffentliche Transferleistungen als hinreichend abgesichert ansieht (vgl. Workingpaper 2 und 3). Die Untersuchung hat gezeigt, dass Energieunternehmen einerseits eine Diskussion dieses Themas im Hinblick auf gesetzliche Regelungen ablehnen (vgl. Workingpaper 1 und 2), andererseits sich aber auf kommunaler Ebene sozialen Problemen gegenüber sehen (vgl. Workingpaper 3 und 4). So müssen

Grundversorgungsunternehmen auch Kunden mit schlechter Bonität aufgrund der Bestimmungen der Stromgrundversorgungsverordnung (StromGKV) akzeptieren und sind nach eigener Aussage dadurch in Gebieten mit hohen Armutsraten mit nennenswerten Zahlungsausfällen konfrontiert. Dieses trifft besonders auf städtische Versorgungsgebiete zu. Vor diesem Hintergrund verpflichten Kommunen als Eigentümer „ihrer“ Stadtwerke diese zunehmend zu sozialen Maßnahmen gegenüber vulnerablen – schutzbedürftigen – Kunden in der öffentlichen Grundversorgung (vgl. Workingpaper 3). Im Vergleich von kommunalen Stadtwerken und privaten Energieunternehmen in Deutschland wurde herausgearbeitet, dass die Eigentümerstruktur entscheidend für die Art und Weise der Einbindung von Grundversorgungsunternehmen in die kommunale Sozialpolitik ist. Kommunale Stadtwerke erweisen sich – trotz ihrer unternehmerischen Eigenständigkeit – als ein Bestandteil kommunaler Politik, so etwa bei der Vermeidung von Stromsperren (vgl. Workingpaper 3). Energiegrundversorgungsunternehmen in Deutschland sind somit – im Unterschied zu Energieversorgungsunternehmen in Großbritannien – weniger über öffentlichen „Druck“, sondern durch gesetzliche Regulierungen sowie über eigene und kommunale Selbstregulierung mit sozialpolitischen Problemen in der öffentlichen Grundversorgung konfrontiert.

2. Mit welchen Ideen, Deutungen und Strategien reagieren Unternehmen in der öffentlichen Energiegrundversorgung auf sozialpolitische Probleme und Herausforderungen?

Die Unternehmensfallstudien haben große Unterschiede im Umgang mit vulnerablen Personen und Haushalten in der öffentlichen Grundversorgung gezeigt. Die britische Energiearmutspolitik hat zu einem umfangreichen Wissen über Ursachen, Bedingungen und Ausprägungen von sozialen Risiken in der Energiegrundversorgung beigetragen (vgl. Workingpaper 1). Die sehr spezifischen regulativen Anforderungen an Energieunternehmen, in Verbindung mit einem regelmäßigen Reporting gegenüber der britischen Regulierungsbehörde (Ofgem), haben bei den untersuchten Energieunternehmen eine routinierte und unternehmensübergreifende Handlungspraxis entstehen lassen, insbesondere bei der branchenweiten freiwilligen Selbstverpflichtung, keine Stromsperren bei vulnerablen Kunden durchzuführen. In den untersuchten Unternehmen wurde zudem erstens die Orientierung der Unternehmen und insbesondere des Kundenmanagements an der sozialen Situation vulnerabler Kunden, zweitens die Akzeptanz von Sozialtarifen und drittens das Interesse an der Förderung von Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz deutlich (vgl. Paper 4). Die britischen Unternehmen übernehmen dabei auch die offiziellen Definitionen und Beschreibungen von *fuel poverty*. In den britischen Fallstudien wurde deutlich, dass die Energieunternehmen die ihnen zugewiesene Rolle bei der Bekämpfung von *fuel poverty* grundsätzlich zwar ablehnen, jedoch aufgrund der öffentlichen und politischen

Diskussion defensiv auftreten und keine öffentliche Kritik an den entsprechenden politischen Vorgaben und Regulierungen üben.

Demgegenüber gibt es in Deutschland bisher keine breite öffentliche Diskussion und keine empirischen Erkenntnisse über die soziale Risiken der öffentlichen Energiegrundversorgung; entsprechende politische Entscheidungen und gesetzgeberische Maßnahmen stehen aus (vgl. Workingpaper 1 und 2). Die Vorstellungen der Energiegrundversorger von vulnerablen Kunden basieren lediglich auf eigenem Erfahrungs- und Alltagswissen sowie Deutungen im Kontext der organisationsspezifischen sozialen Handlungspraxis. Die Fallstudien haben gezeigt, dass Unternehmen in Deutschland einerseits strukturelle Defizite in der Gewährleistung der Energiegrundversorgung zur Kenntnis nehmen, z.B. in Form der nicht bedarfsgerechten Berechnung sozialer Transferleistungen, andererseits individuelles Fehlverhalten, wie ein zu hoher Stromverbrauch und eine fehlende Kommunikationsbereitschaft von Kunden, als einen wesentlichen Grund für Zahlungsschwierigkeiten und Stromsperrern anführen (vgl. Workingpaper 3). Im Vergleich von Stadtwerken und privaten Energieunternehmen haben die Fallstudien einen deutlichen Unterschied bei den Maßnahmen und Instrumenten gezeigt. Die Stadtwerke arbeiten um Stromsperrern zu verhindern, insbesondere mit kommunalen Sozialleistungsträgern zusammen, wie dem örtlichen Jobcenter oder dem Sozialamt. Die engen, teils persönlichen Kontakte innerhalb von Kommunen werden von den Stadtwerken dabei als grundlegend und wichtig bezeichnet. Private Unternehmen hingegen finden nach eigenen Aussagen in der Regel keinen Zugang zu Kommunalpolitik und -verwaltung und konzentrieren sich in ihrer sozialen Handlungspraxis zumeist auf Maßnahmen zur Senkung der Stromkosten ihrer Kunden, etwa durch Angebote zur Energie- und Verbrauchsberatung und zur Anschaffung energieeffizienter Haushaltsgeräte.

3. In welcher Art und Weise kommt es zu Veränderungen in der öffentlichen Energiegrundversorgung, wenn Unternehmen als sozialpolitische Akteure in Erscheinung treten?

Mit der Liberalisierung des europäischen Energiemarktes sind Unternehmen für den gesellschaftlich relevanten Bereich der öffentlichen Energiegrundversorgung verantwortlich gemacht worden. Sowohl im Ländervergleich als auch im Vergleich von kommunalen Stadtwerken und privaten Energieunternehmen in Deutschland hat die Analyse keinen Unterschied in der Wahrnehmung der eigenen unternehmerischen und gesellschaftlichen Rolle ergeben. In allen Unternehmenstypen dominiert die Vorstellung, dass Unternehmen unter Wettbewerbsbedingungen Gewinne erwirtschaften müssen. In diesem Sinne kommt es auch bei Stadtwerken zu keiner dezidiert sozialpolitischen Ausprägung ihrer Rolle als Energiegrundversorgungsunternehmen.

Unter diesen Bedingungen haben Energieunternehmen in Deutschland in erster Linie ein Interesse an günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Die Untersuchung hat deutlich gemacht, dass Energieunternehmen ihre Interessen über ihre Verbände in den Politik- und Gesetzgebungsprozess einbringen und dabei nach eigenen Aussagen bislang „erfolgreich verhindert haben“, dass in Deutschland sozialpolitische Themen Eingang in die Energiemarktgesetzgebung gefunden haben (vgl. Workingpaper 1 und 2).

Die Regierungen in Deutschland und Großbritannien verfolgen unterschiedliche Ansätze in der Gewährleistung der öffentlichen Energiegrundversorgung und der Absicherung vulnerabler Personen und Haushalte. In beiden Ländern wird Energieunternehmen als Erbringern dieser Leistung soziale Bedeutung zugewiesen. Sie entscheiden über Versorgung und Nicht-Versorgung, legen Kriterien zur Prüfung der Unterstützungswürdigkeit von Personen fest und entwickeln eigene Maßnahmen und Programme (vgl. Workingpaper 3 und 4). Der ihnen dabei sozialstaatlich zur Verfügung gestellte bzw. zugewiesene Entscheidungs- und Handlungsspielraum fällt in beiden Ländern unterschiedlich aus. In Großbritannien werden Energieunternehmen über marktbasierende Sozialpolitikansätze in Institutionen sozialstaatlicher Daseinsvorsorge einbezogen (vgl. Workingpaper 1 und 4). Im Workingpaper 4 wurde herausgearbeitet, dass Energieunternehmen in Großbritannien aufgrund der sozialstaatlichen Einbindung in die Bestimmung und Bearbeitung von fuel poverty im weitesten Sinne als sozialpolitische Akteure bezeichnet werden können. Hingegen finden wir im korporatistisch-konservativen deutschen Sozialstaat vor allem Sozialtransfers zur finanziellen Absicherung der Energiegrundversorgung vulnerabler Personen und Haushalte Anwendung, die dazu beitragen, Unternehmen – im Vergleich zu Großbritannien – sozialpolitisch zu entlasten (vgl. Workingpaper 4). Die konkreten Maßnahmen von Energieunternehmen in Deutschland zur Absicherung der Grundversorgung vulnerabler Personen und Haushalte sind freiwillig und in ihrer Ausgestaltung weitgehend selbst verantwortet (vgl. Workingpaper 3).

In Deutschland wurde dabei deutlich, dass sich Energieunternehmen in erster Linie wirtschaftliche Unternehmen verstehen. Dabei ist aber zu bedenken, dass kommunale Stadtwerke – im Unterschied zu privaten Energieunternehmen – von Kommunalpolitik und -verwaltung in die kommunale Politik und Daseinsvorsorge eingebunden werden (vgl. Workingpaper 3).

Im Hinblick auf die gesetzlichen Rahmenbedingungen der Energiegrundversorgung in einem liberalisierten Markt, hat die Politikanalyse gezeigt, dass in Deutschland mit der Stromgrundversorgungsverordnung die alte Monopolstruktur von Stromunternehmen für vulnerable Personen und Haushalte auf Dauer gestellt wurde. Die Betroffenen sind dadurch zusätzlich belastet, dass sie erstens an den jeweils geltenden teuren Grundversorgungstarif gebunden sind und zweitens aus diesen nicht hinaus und wechseln können (vgl. Workingpaper 1 und 2).

In Deutschland erschwert die Zurückhaltung der Bundesregierung in Fragen der öffentlichen Grundversorgung vulnerabler Personen und Haushalte die politische Auseinandersetzung mit dem Thema. Vor diesem Hintergrund eröffnet sich für Kommunen und Energieunternehmen in der öffentlichen Grundversorgung ein weites soziales Handlungs- und Experimentierfeld, wobei die Beteiligten bei der Ausgestaltung sozialer Maßnahmen weitgehend auf ihr Erfahrungs- und Alltagswissen verwiesen sind. Gleichzeitig besteht für vulnerable Personen und Haushalte unter diesen Bedingungen kein Rechtsanspruch auf entsprechende soziale Hilfen, sondern sie sind als „bedürftige Kunden“ auf das „Wohlwollen“ von kommunaler Politik und Verwaltung sowie von kommunalen Stadtwerken und privaten Energieunternehmen angewiesen. Somit sind vulnerable Personen und Haushalte in einer existenziellen sozialen Angelegenheit, das heißt der öffentlichen Grundversorgung mit Strom, auf die Selbstregulierungskompetenzen und -möglichkeiten von kommunaler Sozialpolitik und den Grundversorgungsunternehmen verwiesen.

Die politischen Vorstellungen und Handlungsspielräume von Kommunen im Umgang mit sozialen Risiken, nicht nur in der Energiegrundversorgung im Besonderen, sondern auch in der Bereitstellung öffentlicher Güter im Allgemeinen, sind dabei ein vielversprechender Anknüpfungspunkt für weiterführende Forschungen. Im hier interessierenden Gegenstandsbereich der öffentlichen Grundversorgung mit Strom konnte gezeigt werden, dass auch unter den Bedingungen eines liberalisierten Energiemarktes Kommunalpolitik und -verwaltung als öffentliche Anteilseigner unmittelbaren Einfluss auf die Produktions- und Lieferbedingungen „ihrer Stadtwerke“ nehmen, etwa bei der Preisgestaltung von Grundversorgungstarifen oder dem Umgang mit Stromsperrern. Dabei drängt sich die Frage auf, weshalb private Energieunternehmen unter den Bedingungen der kommunalen und staatlichen Gewährleistungspflicht von Kommunen bisher politisch nicht an Entscheidungen und Handlungen in der kommunalen Daseinsvorsorge beteiligt worden sind.

4 Einzelergebnisse und Publikationen

4.1 Publikationen

Im Rahmen des Forschungsprojektes sind vier Workingpaper entstanden, in den die Forschungsfragen des Projektes eingehend bearbeitet werden. Diese Workingpaper werden in deutschen und internationalen Fachzeitschriften zur Veröffentlichung eingereicht.

Workingpaper 1: Backhaus-Maul, Holger/Kunze, Martin/Mierendorff, Johanna: The Social Risk of Fuel Poverty. Basic energy supply through liberalised markets in a German-British comparison.

With the liberalisation of the basic energy supply, circumstances and conditions of the delivery changed fundamentally. Comparing Germany and the UK, we analyse these new conditions in two different European countries. Based on 20 qualitative interviews, conducted on the European level and in both member states, we show that even though Germany and the UK liberalised their energy markets, the consequences for the basic supply of energy to vulnerable households differ significantly. Whereas the British government introduced strong regulation measurements to the liberalised energy market, the German government remained on the path of liberalisation policies and applied to the social security system within the framework of traditional welfare state institutions.

Workingpaper 2: Backhaus-Maul, Holger/Kunze, Martin/Mierendorff, Johanna: Europäische Liberalisierungspolitik und nationalstaatliche Regulierungsaufgabe. Die öffentliche Stromgrundversorgung vulnerabler Personen und Haushalte als neues soziales Risiko in Deutschland.

Im Zuge der europäischen Politik der Liberalisierung relevanter Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge haben sich die Bedingungen ihrer Gewährleistung und Erbringung grundlegend verändert. Am Beispiel der öffentlichen Stromgrundversorgung sozialpolitisch besonders schutzbedürftiger („vulnerabler“) Personen und Haushalte werden die europäische Liberalisierungspolitik und die nationalstaatliche Regulierung der öffentlichen Energiegrundversorgung in Deutschland skizziert und analysiert. In einem ersten Schritt wird zunächst die öffentliche Stromgrundversorgung vulnerabler Personen und Haushalte in Deutschland im Kontext europäischer Liberalisierungspolitik dargestellt, um dann in einem zweiten Schritt die Positionen der Bundesregierung, der Energiewirtschaft sowie von Verbraucherschutzorganisationen und Sozialverbänden herauszuarbeiten.

Workingpaper 3: Backhaus-Maul, Holger/Kunze, Martin/Mierendorff, Johanna: Gewinnerzielung und Gemeinwohlorientierung? Der Umgang von privaten und kommunalen Energieunternehmen mit sozialen Risiken in der öffentlichen Grundversorgung.

Mit der Liberalisierung des Energiemarktes haben sich die Rahmenbedingungen der Grundversorgung mit Strom im Hinblick auf die Gewährleistung und Erbringung dieses öffentlichen Gutes grundlegend verändert. Infolgedessen sind Energieunternehmen unter Wettbewerbsbedingungen zur Grundversorgung vulnerabler Personen und Haushalte verpflichtet. Auf Grundlage qualitativer Fallstudien über drei kommunale und vier private Energieunternehmen werden die Deutungs- und Handlungsmuster von relevanten Akteuren in den Unternehmen im Hinblick auf soziale Probleme bei der Energiegrundversorgung vulnerabler Personen und Haushalte vergleichend untersucht.

Workingpaper 4: Backhaus-Maul, Holger/Kunze, Martin/Mierendorff, Johanna: The socio-political role of companies. The case of the energy market in a German-British comparison.

Within the last two decades basic services across Europe got liberalised based on the EU Internal Market Strategy. Within these new markets two conflicting logics appear – the logic of basic service supply (universal access) and the logic of the market (competition). The case of the energy markets in Germany and the UK is illustrating, that despite liberalisation, private energy suppliers are imposed to meet certain social obligations through regulation. Thus companies in liberalised markets of basic services are confronted with social problems like poverty and the related policies through their customers. Based on thirteen qualitative case studies of German and British energy companies, this paper analyses how companies in the field of basic services are confronted with social issues (“fuel poverty”), how they perceive, interpret, deal and shape these developments. Furthermore, this paper contributes to a differentiated understanding of the relationship between companies and social policy.

Über die gemeinsam verfassten Beiträge hinaus ist auf Grundlage der erhobenen Daten eine Bachelorarbeit abgeschlossen worden; ein Promotionsvorhaben wurde an der Philosophischen Fakultät III der MLU angenommen und wird 2016 abgeschlossen werden.

Will, Deborah (2015): Neue soziale Risiken und alte Wohlfahrtsstaaten – die Liberalisierung der Energiegrundversorgung an den Beispielen Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland. Bachelorarbeit im Fach Politikwissenschaft an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Kunze, Martin: Unternehmen als Adressaten der sozialen Frage. Wandel der Wohlfahrtsproduktion im deutsch-britischen Vergleich (Arbeitstitel); laufende Promotion an der Philosophischen Fakultät III – Erziehungswissenschaften der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

4.2 Konferenzbeiträge und Präsentationen

'The socio-political role of companies. The case of the energy market in a German-British comparison.' Annual ESPAnet Conference: The lost and the new worlds of welfare, Odense, September 2015 (Mierendorff, Backhaus-Maul und Kunze).

'The social risk of being fuel poverty. Basic energy supply through liberalised markets in a German-British comparison.' Annual ESPAnet Conference: The lost and the new worlds of welfare, Odense, September 2015 (Mierendorff, Backhaus-Maul und Kunze).

'Corporate Social Responsibility and Welfare State Institutions. The case of the energy market in a German-British comparison.' Fuel Poverty Research Symposium. Queen's University in Belfast, Northern Ireland, July 18 2014 (Kunze).

'Companies as addressees of the Social Question. Corporate Social Responsibility in the Energy Sector in Germany and Great Britain.' ESAPnet doctoral workshop 'Comparing Welfare States: Applying Quantitative and Qualitative Comparative Analysis in Social Policy Research', University of Mannheim, July 4-6 2013 (Kunze).

'Corporate Social Responsibility and Welfare State. The Case of the Energy Sector in a German-British comparison.' International Graduate Conference 'Crisis and Governance in Europe: Implications for State, Market and Society', Speyer, April 18/19 2013 (Kunze).

Ein Proposal für einen Vortrag zur Präsentation ausgewählter Befunde des Forschungsprojektes im Rahmen der wissenschaftlichen Tagung "Energy and Society" vom 12. bis 14. September 2016 an der Universität Leipzig wurde eingereicht.

5 Verwendete Literatur (Auswahl)

- Backhaus-Maul, H./Kunze, M./Speck, K. (2012): Unternehmenskooperation in der sozialen Arbeit. In: *Neue Praxis* 42(5), 444-454.
- Bieling, H.-J./Deckwirth, C./Schmalz, S. (Hrsg.) (2008): *Liberalisierung und Privatisierung in Europa. Die Reorganisation der öffentlichen Infrastruktur in der Europäischen Union*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Boardman, B. (2010): *Fixing fuel poverty: Challenges and Solutions*. Oxon: Earthscan.
- Bontrup, H. J./Marquardt, R. M. (2010): *Kritisches Handbuch der deutschen Elektrizitätswirtschaft. Branchenentwicklung – Unternehmensstrategien – Arbeitsbeziehungen*. Berlin: edition sigma.
- Bontrup, H.-J./Marquardt, R.-M. (2014): *Verteilungskonflikte infolge der Energiewende: Elektrizitätsarmut*. Wissenschaftliches Gutachten, Hannover/Lüdinghausen.
- Bouzarovski, S./Petrova, S./Sarlamonov, R. (2012): *Energy poverty policies in the EU: A critical perspective*. In: *Energy Policy* 49, 76-82.
- Bundesnetzagentur/Bundeskartellamt (2015): *Monitoringbericht 2015*. Bonn.
- Clasen, J. (Hrsg.) (2011): *Converging Worlds of Welfare? British and German Social Policy in the 21st Century*. Oxford: Oxford University Press.
- Chick, M. (2007): *Electricity and Energy Policy in Britain, France and the United States since 1945*. Northampton: Edward Elgar Publishing.
- Ernst, T./Mader, M./Mierendorff, J. (2014): *Gewerbliche Anbieter von Kindertagesbetreuung – eine Systematisierung der Trägerlandschaft*. In: *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation*, 34(4), 373–388.
- Esping-Andersen, G. (1990): *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Princeton: Princeton University Press.
- Hall, P.A./Soskice, D. (Hrsg.) (2001): *Varieties of Capitalism. The Institutional Foundations of Comparative Advantage*. Oxford: Oxford University Press.
- Höpner, M./Petring, A./Seikel, D./Werner, B. (2011): *Liberalisierungspolitik. Eine Bestandsaufnahme des Rückbaus wirtschafts- und sozialpolitischer Interventionen in entwickelten Industrieländern*. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 63(1), 1-32.
- Höpner, M./Schäfer, A. (2008): *Die Politische Ökonomie der europäischen Integration*. Frankfurt/New York: Campus.
- Klenk, T./Leiberherr, E. (2014): *Autonomy in Public Service Provision and the Challenge of Accountability: Insights from German Policy Fields*. Jerusalem, *Jerusalem Papers in Regulation & Governance*, Working Paper 66.
- Kopatz, M. (Hrsg.) (2013): *Energiewende. Aber fair! Wie sich die Energiezukunft sozial tragfähig gestalten lässt*. München: oekom.
- Libbe, J./Hanke, S./Verbücheln, M. (2011): *Rekommunalisierung – eine Bestandsaufnahme*. Berlin: Deutsches Institut Für Urbanistik.

- Mayring, P. (2010): Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken. Weinheim/Basel: Beltz Verlag.
- Janning, F./Toens, K. (Hrsg.): Die Zukunft der Policy-Forschung. Theorien, Methoden, Anwendungen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Ringwald, R. (2008): Daseinsvorsorge als Rechtsbegriff. Forsthoff, Grundgesetz und Grundversorgung. Frankfurt/Main u.a.: Peter Lang.
- Rutledge, I./ Wright, P. (Hrsg.) (2001): UK Energy Policy and the End of Market Fundamentalism. Oxford: Oxford University Press.
- Schneider, V./Tenbücken, M. (Hrsg.) (2004): Der Staat auf dem Rückzug. Die Privatisierung öffentlicher Infrastrukturen. Frankfurt/New York: Campus.
- Schoch, F. (2008): Gewährleistungsverwaltung: Stärkung der Privatrechtsgesellschaft? In: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht 241 (247), 147-162.
- Schuppert, G. F. (2005): Der Gewährleistungsstaat – Ein Leitbild auf dem Prüfstand. Baden-Baden: Nomos.
- Streeck, W. (2006): The Study of Organized Interests: Before ‚The Century‘ and After. In: Crouch, C./Streeck, W. (Hrsg.): The Diversity of Democracy: Corporatism, Social Order and Political Conflict. London: Edward Elgar Publishing, 3-45.
- Tews, K. (2013): Energiearmut definieren, identifizieren und bekämpfen - Eine Herausforderung der sozialverträglichen Gestaltung der Energiewende. Vorschlag für eine Problemdefinition und Diskussion des Maßnahmenportfolios. Berlin: FFU-Report 04-2013.